

## **V-8-INI**

Antragsteller\*innen: Marcel Roth u.a.

Gegenstand: TOP 6: Sonstige Anträge und Resolutionen

---

### **INITIATIVANTRAG: LANDTAGSWAHLRECHT NICHT AUFGEBEN: GESPRÄCHE MIT ANDEREN FRAKTIONEN SUCHEN**

- 1 Als stärkste Kraft im Land mit der größten Fraktion und Ministerpräsident darf es nicht  
2 zu unserem Problem und auch nicht zum Problem der Landesregierung werden, wenn  
3 die bundesweite Sinnkrise der CDU sich in Baden-Württemberg in Form von Machtkämp-  
4 fen zwischen Frauenunion, Landtagsfraktion, Minister\*innen und Landespartei widerspie-  
5 gelt.
- 6 Bei solch unterschiedlichen Partnern wie GRÜNEN und CDU ist ein Koalitionsvertrag von  
7 existenzieller Bedeutung und dass die CDU sich noch vor der Halbzeit der Koalition vom  
8 zugrundeliegenden Vertragswerk gelöst hat, ist ein Affront. Die CDU erschüttert damit das  
9 Vertrauen in die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner tief und verletzt jede Form  
10 guten Regierens und guten Stils.
- 11 Besonders schmerzt dabei der Anlass: Die **Reform des Landtagswahlrechts** ist für uns  
12 GRÜNE eines der wichtigsten Projekte im grün-schwarzen Koalitionsvertrag, den wir  
13 vor 2 Jahren verabschiedet haben. Damit wollen wir eine bessere Repräsentanz unter-  
14 schiedlicher Gruppen im Landtag fördern. Denn insbesondere der Frauenanteil im baden-  
15 württembergischen Landtag bleibt mit aktuell nur rund 25 % weit hinter der gesellschaft-  
16 lichen Realität zurück.
- 17 Der Koalitionsvertrag ist mit einer CDU geschlossen worden, die sich klar zu einer moder-  
18 nen Gesellschaftsvision und einem liberalen Rechtsstaat bekannt hat. Anders wäre diese  
19 Koalition nicht denkbar gewesen.
- 20 Doch egal, ob sich Alt-Konservative in Schwetzingen treffen oder die CDU-Fraktion bei  
21 einer Wahlrechtsreform deutlich macht, wie tief der Graben zwischen ihnen und den un-  
22 terzeichnenden Parteivertreter\*innen von 2016 ist:
- 23 Für uns als führende Partei in diesem Koalitionsbündnis steht fest, dass wir zum Koali-  
24 tionsvertrag stehen und es Aufgabe unserer gewählten Vertreterinnen und Vertretern ist,

25 diesen umzusetzen. Denn unser Politikstil schreibt Verlässlichkeit größer als parteiinter-  
26 nen Dissens.

27 In dem Wissen, dass die Reform des Wahlrechts für uns einen enormen Stellenwert hat  
28 und in der Vorahnung, dass die CDU kein verlässlicher Partner sein wird, **haben wir im Ko-**  
29 **alitionsvertrag festgelegt, dass wir in dieser Sache das interfraktionelle Gespräch suchen**  
30 **wollen:**

31 „Damit der Landtag die Baden-Württembergische Gesellschaft künftig in ihrer ganzen Brei-  
32 te besser abbildet, werden wir ein Personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlos-  
33 senen Landesliste einführen. Darüber wollen wir mit den im Landtag vertretenden Parteien  
34 in Gespräche eintreten.“ (Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innova-  
35 tiv., Koalitionsvertrag 2016, S. 68, Z. 21ff)

36 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN fordert daher die bünd-  
37 nisgrüne Landtagsfraktion auf, den Spielraum, den der Koalitionsvertrag in Bezug auf die  
38 Reform des Landtagswahlrecht explizit einräumt, zu nutzen. Deshalb sollen Gespräche mit  
39 den demokratischen Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg aufgenommen wer-  
40 den, die sich für ein interfraktionelles Vorgehen bereit erklären, mit dem Ziel, die Reform  
41 des Landtagswahlrechts umzusetzen.

42 Das Thema ist zu wichtig, als dass es den Machtkämpfen oder Geltungszwängen eines  
43 zerstrittenen Juniorpartners geopfert werden kann. Das Anliegen, das Landtagswahlrecht  
44 einfacher zu gestalten und eine bessere Repräsentanz verschiedener Gruppen, insbeson-  
45 dere von Frauen im Landesparlament zu ermöglichen, muss für alle Parteien im Landtag  
46 von hoher Relevanz sein und eignet sich daher für ein gemeinsames Vorgehen.

## Begründung

Wenn die Reform des Landtagswahlrechts jetzt fallengelassen wird, kann davon ausge-  
gangen werden, dass es auch in den kommenden Legislaturen nach zweimaligem Schei-  
tern nicht mehr angegangen wird. SPD- und FDP-Fraktion haben öffentlich verlautbaren  
lassen, dass sie zu einer Reform bereit wären. Ob die Reihen innerhalb dieser Fraktionen  
geschlossen sind, kann bezweifelt werden. Trotzdem sollen SPD- und FDP-Fraktion auf die  
Probe gestellt werden mit dem Ziel, die Landtagswahlrechtsreform interfraktionell durch-  
zusetzen.

## Antragsteller\*innen

Marcel Roth (KV Stuttgart), Lena C. Schwelling (KV Ulm), Lea Elsemüller (KV Tübingen),  
Tobias B. Bacherle (KV Böblingen), Marc Buschlüter (KV Stuttgart), Deniz Gedik (KV Tübin-  
gen), Franziska Sander (KV Stuttgart), Alina Welser (KV Biberach), Marcel Emmerich (KV  
Ulm), Viktoria Kruse (KV Stuttgart)